



Fraktionen im Rat der Stadt Laatzen

Antrag **- öffentlich -**

Beratungsfolge:

Ausschuss für Gesellschaft, Sport und Soziales

Verwaltungsausschuss

Rat der Stadt Laatzen

Drucksachen-Nr.: 2015/222/27

am 19.11.2015 TOP:

am 10.12.2015 TOP:

am 10.12.2015 TOP:

Haushalt 2016

- Schaffung einer Stelle einer/eines Beauftragten für die Belange behinderter Menschen -

- Antrag der Gruppe CDU / FDP / Bündnis 21/RRP -

Gruppe CDU/FDP/RRP im Rat der Stadt Laatzen, Brunirode 30, 30880 Laatzen

Herrn Bürgermeister
Jürgen Köhne
Rathaus
Marktplatz 13
30880 Laatzen

Laatzen, den 16.11.2015

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten, die Aufgaben einer/eines Beauftragte/n für die Belange behinderter Menschen im Team Gleichstellung anzusiedeln. Die Einrichtung einer weiteren Stelle ist dazu nicht nötig.

Begründung:

Nach den Berichten des Landesamtes für Statistik Niedersachsen leben in der Region Hannover 103.533 Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung. Damit sind rd. 9,25% der Einwohnerinnen und Einwohner der Region Hannover von Schwerbehinderung betroffen. Übertragen auf die Einwohnerzahl der Stadt Laatzen,

bedeutet dies, dass bei unterstelltem gleichen Anteil betroffener Personen von ca. 3.600 Einwohnerinnen und Einwohnern mit einer anerkannten Schwerbehinderung auszugehen ist. Aufgrund der Zahl der in Laatzen befindlichen Pflegeeinrichtungen kann sogar eher eine höhere Zahl vermutet werden.

Dieser Anteil der Bevölkerung soll bei künftigen Planungen und Entwicklungen einerseits, bei der gesellschaftlichen Entwicklung (Stichwort: Veränderung der Altersstruktur) andererseits, wesentlich stärker berücksichtigt werden.

Die seit Jahren glücklicherweise immer weiter fortschreitende Anpassung von Gesetzen, Normen und Satzungen aufgrund der allseits anerkannten Notwendigkeit einer inklusiven Gesellschaft führt zu einer immensen Veränderung rechtlicher Vorgaben. Diese in ausreichendem und rechtsfestem Rahmen zu berücksichtigen, ist im täglichen Ablauf der Verwaltungsarbeit kaum mehr für die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, aber auch für die ausführenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort zu beherrschen, weil schon ohne diese Änderungen eine große Zahl anderer Vorschriften (Brandschutzauflagen, Verkehrssicherungsvorschriften u.v.m.) zu beachten sind.

An dieser Stelle setzt die unterstützende Tätigkeit einer/ eines Beauftragten für die Belange behinderter Menschen ein:

Vorhaben sollen vor der Beschlussfassung geprüft und ggf. rechtliche oder faktische Hinderungskriterien rechtzeitig aufgezeigt werden. Eine solche Prüfung soll sich auf alle Vorhaben der Verwaltung mit Außenwirkung beziehen.

Um diese Aufgabe leisten zu können, ist es unabdingbar, dass die/der Beauftragte ein Teilnahme- und Rederecht in sämtlichen Ausschüssen und Besprechungen der Verwaltung und des Rates erhält (ausgenommen: Verwaltungsausschuss).

Damit die/der Beauftragte diese Arbeit leisten kann, muss sie/er in der Lage sein, Verwaltungsabläufe zu erkennen und deren Ergebnisse im rechtlichen Kontext der bestehenden und sich fortentwickelnden Behindertenrechtsetzung und -sprechung im direkten Kontakt mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung aufzuzeigen und den Gremien des Rates gegenüber darzulegen.

Die Stelle der/des Beauftragten sollte im Referat für Gleichstellung angesiedelt werden. Eine kostenneutrale Umsetzung dieses Antrages ist dadurch realisierbar, dass eine bereits vorhandene Stelle im Team Gleichstellung zeitanteilig für die Wahrnehmung des neuen Aufgabengebietes verwendet wird.

Für eine sinnvolle Ausübung der Tätigkeit ist es unabdingbar, dass die/der Beauftragte weder dem Bürgermeister noch einem anderen Mitglied der Verwaltung gegenüber weisungsgebunden ist.

Die Ratsgruppe CDU, FDP, Bündnis 21 / RRP bittet daher den Bürgermeister, sich für die personelle Umsetzung zur Wahrnehmung der Aufgaben einer/eines Beauftragte/n für die Belange behinderter Menschen im Team Gleichstellung einzusetzen, von der ein wesentlicher Teil der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Laatzen nur profitieren und die Verwaltung in ihrem Handeln entlastet und vor künftigen Nachbesserungen bewahrt wird.

gez. Winfried Meis
Vorsitzender der CDU-Fraktion

gez. Gerd Klaus
Vorsitzender der FDP-Fraktion

gez. Uwe Faull
Vorsitzender der Bündnis 21
RRP-Fraktion